



Hessische Ministerin für Bundes-
und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des
Landes Hessen beim Bund

Regierungserklärung

**der Hessischen Ministerin für Bundes- und
Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten
des Landes Hessen beim Bund**

Lucia Puttrich

„Hessens Zukunft heißt Europa“

2. Mai 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Europa ist in Bewegung! Und es bewegt die Menschen! Sie interessieren sich wieder für Europa, sie diskutieren und – was mich ganz besonders freut – demonstrieren **für** Europa. Das ist ein gutes und ermutigendes Zeichen.

Europa ist in Bewegung!

- Bei der Wahl des künftigen französischen Präsidenten hat in der ersten Runde der Kandidat die meisten Stimmen erhalten, der sich klar und eindeutig **FÜR** Europa ausgesprochen hat. Aber mehr als 40 Prozent der Wähler votierten für Kandidaten, die die EU ablehnen.
- In den Niederlanden sah es lange so aus, als würde der Rechtspopulist und EU-Gegner Geert Wilders zur stärksten politischen Kraft. Zum Glück ist es anders gekommen.
- Am Wochenende haben die Staats- und Regierungschefs der EU 27 ihren Fahrplan für die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zum

Austritt aus der EU beschlossen.

- Die Türkei stimmte mit denkbar knapper Mehrheit für einen Weg, der das Land von der westlichen Demokratie und von Europa wegführt.

Und das waren nur einige Beispiele.

Vieles von dem, was ich gerade aufgezählt habe, ist nicht ermutigend. Und doch gibt es genügend, das Mut machen kann!

Schon am kommenden Sonntag steht in Frankreich der entscheidende zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahl an. Einiges spricht dafür, dass Emmanuel Macron diesen gewinnen wird. Das wäre ein gutes Signal in diesen Zeiten.

Im Wahlkampf hat sich Emmanuel Macron ohne Wenn und Aber zu Europa bekannt. Das ist das wichtigste Signal nach dem ersten Wahlgang für mich: Man kann Wahlen gewinnen, wenn man sich eindeutig **für** Europa ausspricht. Das ist ermutigend, und das, meine Damen und Herren, muss ein Vorbild für uns sein.

Aber natürlich – Europaskeptiker gibt es viele.

Paradoxerweise oftmals innerhalb der EU. Unter den Beitrittskandidaten ist die Stimmung ganz anders. Auf dem gesamten Balkan herrscht zum Beispiel große Zustimmung zu Europa. Dort ist die Mitgliedschaft in der EU ein wichtiges friedenssicherndes Element! Die Europäische Union übt nach wie vor große Anziehungskraft aus, und andere Länder schätzen unsere Staatengemeinschaft!

Aber andernorts ist Brüssel ein gerne gewählter Sündenbock! Oft werden Probleme und deren Ursachen dorthin geschoben, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Das Votum des britischen Volkes zum Beispiel war nicht allein eine Entscheidung gegen Europa. Es gab ein ganzes Bündel verschiedener Motive, viele davon rein innenpolitisch.

Aber das Ergebnis steht. Nun müssen wir einen Weg finden, der in einer klaren Trennung endet, uns aber Freunde und Partner bei gemeinsamen Interessen bleiben lässt.

Dabei muss und wird die Europäische Union immer wieder klarstellen: Wir tragen in allererster Linie Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union.

Es gilt, die EU der 27 fest zusammenzuhalten. Das ist bisher sehr gut gelungen. Es gab keine Vorverhandlungen oder

Nebenverhandlungen von Eigeninteressen.

Diese Einigkeit hat der Gipfel vom Wochenende unterstrichen. Die beschlossenen Verhandlungsleitlinien stellen klar, dass Großbritannien als Drittstaat nicht mehr die Vorteile und Rechte genießen kann als ein Mitgliedsstaat der EU. Wir werden deutlich machen: Es ist besser für ein Land, gemeinsam mit anderen in einer starken Mannschaft zu spielen, statt als Einzelkämpfer sein Glück zu probieren!

Deutschland wird durch den Austritt Großbritanniens einen bedeutenden politischen Partner in der EU verlieren. Großbritannien ist nicht nur eines der größten Geberländer, sondern auch ein wichtiger ausgleichender Faktor im oft vielstimmigen Konzert der Mitgliedstaaten. Und in vieler Hinsicht ähneln sich deutsche und britische Sichtweisen zu zentralen Themen europäischer Politik, zum Beispiel mit Blick auf Finanzen und Stabilitätskriterien.

Nun ist es unsere Aufgabe, aus dem Brexit das Beste zu machen. Resignation ist keine politische Option! Deshalb haben wir gehandelt:

- Unmittelbar nach dem Referendum haben wir begonnen, bundesweit einmalige Strukturen aufzubauen, um die

Folgen des Austritts frühestmöglich abschätzen und ausgleichen zu können: Das Finanzplatzkabinett hat mehrere Projektgruppen und wir haben eine eigene Stabsstelle in der Staatskanzlei zur Koordinierung eingerichtet, um die Risiken für die hessischen Bürgerinnen und Bürger und unsere heimische Exportwirtschaft zu minimieren.

Aber natürlich wollen wir auch die Chancen für die Region Frankfurt Rhein-Main als dem bedeutendsten Finanzzentrum auf dem Kontinent nutzen. Darüber hinaus werden wir die Auswirkungen auf die hessische Wissenschaft und andere Bereiche betrachten.

- Die Hessische Landesregierung hat sich im Bundesrat dafür eingesetzt, dass die Bundesländer bei den Verhandlungen der Bundesregierung zum Austritt Großbritanniens und zum Abschluss einer neuen Partnerschaft eng einbezogen und entsprechend der verfassungsmäßigen Vorgaben angemessen beteiligt werden.
- Es ist uns durch zahlreiche Gespräche gelungen, dass neben Bayern und Rheinland-Pfalz auch die Bundesregierung nachdrücklich unsere Bewerbung für

die Europäische Bankenaufsicht in Frankfurt unterstützt. In der vergangenen Woche hat das Finanzplatzkabinett in Brüssel getagt. Externe Gäste, Vertreter der EU und der Bundesregierung, haben daran teilgenommen. Sie haben uns bestätigt, dass die Hessische Landesregierung eine sehr gute Arbeit geleistet hat.

Anrede,

der Brexit wird kommen. Deshalb schauen wir nicht zurück, sondern nach vorn. Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir sind zuversichtlich, dass Hessen gestärkt aus dieser Entwicklung hervorgehen wird. Die Hessische Landesregierung hat dazu ihren Beitrag geleistet und wird das weiter tun. Aber auch jeder einzelne von Ihnen ist aufgerufen, es uns gleichzutun und sich als Botschafter Hessens zu verstehen.

Ein anderes Thema – die Türkei. Natürlich wäre es uns lieber gewesen, wenn das Referendum in der Türkei am 16. April anders ausgegangen wäre. Faktisch hat sich die Mehrheit der Türken jedoch nun für ein autokratisches System à la Erdogan ausgesprochen.

Dass das Ja-Lager trotz massiver Werbung durch die türkische Regierung mit gerade einmal gut 51 Prozent nur einen knappen Sieg erringen konnte, ist ein großer Erfolg der

demokratischen Kräfte in der Türkei.

Das Referendum fand während des Ausnahmezustandes statt, und es hat für die in der Türkei lebenden Menschen Mut erfordert, für "Nein " zu werben. Das – meine Damen und Herren Abgeordnete – ist nicht genug anzuerkennen!

Umso bitterer ist, wie nun durch weitere Verhaftungen und Repressalien die Kritiker von Präsident Erdogan mundtot gemacht werden. In Bursa wurden während der letzten Verhaftungswelle in der vergangenen Woche 15 Mitarbeiter des Amtes für Soziale Sicherheit, 5 Polizeibedienstete und 9 Angehörige von Polizeibediensteten verhaftet.

Die Türkei entfernt sich immer mehr von demokratischen Grundwerten. Ein Beitritt zur Europäischen Union ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig ausgeschlossen und in weite Ferne gerückt. Dennoch dürfen wir gerade jetzt nicht alle Brücken abreißen und damit die demokratischen Kräfte entmutigen. Deshalb halten wir auch unsere Partnerschaft und die Verbindungen zur Region Bursa aufrecht.

Zugleich fordern wir an dieser Stelle die Türkei nachdrücklich zur Einhaltung der rechtsstaatlichen Standards auf und verlangen die unverzügliche Freilassung von Deniz Yücel. Er

ist der bekannteste Fall und einer von weit über hundert Journalisten, die für etwas bestraft werden, was in einer freiheitlichen Demokratie völlig selbstverständlich ist: seine Meinung frei und kritisch zu äußern. Das ist für uns Demokraten vollkommen inakzeptabel! Deshalb werden wir immer wieder das Schicksal von Deniz Yücel ansprechen.

Anrede,

gestern vor 13 Jahren wurden im Rahmen der EU-Osterweiterung 10 neue Staaten in die Europäische Union aufgenommen. Mit vielen der ehemaligen Ostblockstaaten hat sich eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit entwickelt.

Doch wir müssen noch viel für die Integration tun. Hier gibt es große Herausforderungen. Ich will aufgrund der zeitlichen Beschränkung der Redezeit nur einige wenige Stichworte benennen - wie den Rechtsstaatsdialog mit Polen, die Gesetzgebung der Orban-Regierung in Ungarn oder die Migrationspolitik der Visegrád-Staaten. Die EU hat klare Regelungen. Diese müssen eingehalten werden. Denn: Falsch verstandene Toleranz bei Regelbruch schwächt die Gemeinschaft!

Anrede,

Helmut Kohl hat es einmal in diesem Satz zusammengefasst:

„Europa ist unsere Zukunft. Europa ist unser Schicksal.“

Das ist – gerade in diesen Tagen – auch die Überzeugung der meisten Deutschen. Bei einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung sagten Anfang dieses Jahres die meisten Befragten: „Die Mitgliedschaft in der EU bringt uns vor allen Dingen Vorteile.“ Fast zwei Drittel bedauern den Austritt des Vereinigten Königreiches und 3 von 4 Deutschen würden in einer eigenen Volksabstimmung für den Verbleib in der EU stimmen.

Die Menschen glauben an Europa und seine Werte. Ein wichtiges und wirklich beeindruckendes Zeichen setzen dazu auch diejenigen, die sonntags für Europa auf die Straße gehen. Allein in Frankfurt, der Geburtsstadt des „Pulse of Europe“, kommen regelmäßig mehrere tausend Menschen zusammen. Das blaue Band der Aktivisten (die Farbe Europas) zieht sich dabei wie ein roter Faden durch die Aktion: Bleibt bei uns!

Lange Zeit haben nur die Miesmacher und Gegner ihre Stimme erhoben. Die Mehrheit der Europafreunde hat geschwiegen. Das ist nun anders geworden. So viel Europabewusstsein, so viel Europa in den Nachrichten, so viel

Nachdenken über Europa war selten! Und das macht uns Mut!

Anrede,

es ist wunderbar zu sehen, dass die Bürgerinnen und Bürger zum 60. Geburtstag der Europäischen Union deutlich machen, was sie möchten: nämlich den Erhalt von Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Das, wofür die EU seit 6 Jahrzehnten steht!

In den vergangenen Wochen habe ich noch häufiger als sonst Schulen besucht und mit jungen Menschen über Europa gesprochen. Und interessanterweise hat sich dabei bestätigt, dass es genau diese Grundwerte Frieden, Freiheit und Demokratie sind, die diese Generation mit Europa verbindet. Junge Menschen leben, denken, fühlen europäisch und sehen in Europa ihre Zukunft.

Deshalb werden wir in Zukunft noch mehr tun, um mit jungen Menschen zu diskutieren. Wir werden um ihr proeuropäisches Engagement werben. Ich kann mir zum Beispiel spezielle Angebote für Jugendliche in unserer Landesvertretung in Brüssel vorstellen, einen stärkeren europapolitischen Schwerpunkt in der Schule und einen Schwerpunkt auf Jugendgruppen in unserem hessischen Europeanetzwerk. Ideen gibt es viele. Und wir werden sie auch umsetzen!

Anrede,

60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge erwarten die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu Recht, dass wir den Erfolg der vergangenen Jahre sichern und ausbauen. Sie erwarten von uns aber auch, dass wir eine Vorstellung davon haben, wie die Zukunft Europas aussehen soll – gerade vor dem Hintergrund des Austritts Großbritanniens.

Die grundlegende Frage ist politisch: Wie soll Europa in Zukunft aussehen? Die EU hat sich verändert. Sie ist gewachsen und hat sich von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer Gemeinschaft der Werte entwickelt. Und nun müssen wir antworten auf die Frage, wohin die Reise gehen soll.

Die EU-Kommission hat mit dem „Weißbuch zur Zukunft Europas“ verschiedene Szenarien aufgezeigt – Szenarien, die breit diskutiert werden sollen und die keine abschließende Haltung darstellen! Es war richtig, dass die Kommission diesen Weg eingeschlagen hat. Es wird entscheidend sein, die Bürgerinnen und Bürger in den Entwicklungsprozess einzubinden – auf allen Ebenen. Auch wir werden hierfür entsprechende Formate schaffen und Foren unterstützen. Nur so kann eine breite Akzeptanz für Europa erreicht werden.

Verständlicherweise wünschen sich viele Menschen einen Masterplan, eine Vorgabe, was zu tun ist. Es gibt viele, die als Antwort auf komplexe Fragen vermeintlich schlichte Lösungen in den Raum werfen. Wir dagegen sollten ehrlich sein und klar sagen, dass es einfache Antworten nicht gibt.

Anrede,

an dieser Stelle müssen wir auch sagen: Europa ist nicht das Projekt der Politiker oder irgendwelcher angeblicher oder tatsächlicher Eliten. Europa ist unser gemeinsames Projekt, an dem wir alle Anteil haben und dessen Zukunft wir bestimmen. Und damit bestimmt jeder Einzelne auch seine eigene Zukunft.

Beim Weißbuch sind für mich die Szenarien „Weiter wie bisher“ und „Schwerpunkt Binnenmarkt“ keine Option. Sie sind weder realistisch noch erstrebenswert. Gerade die Fokussierung auf den Binnenmarkt würde die Rückabwicklung vieler Errungenschaften bedeuten, die die Europäische Union mühsam erarbeitet hat und die für uns heute selbstverständlich sind.

Auf der anderen Seite hält auch das Szenario „Viel mehr gemeinsames Handeln“ einem Realitätscheck nicht stand. Es

ist nicht an der Zeit, weitere Regelungsbereiche zu harmonisieren. Die Menschen wollen derzeit keine „Vereinigten Staaten“ oder den „Bundesstaat Europa“. Sie wollen Europa, wo es sinnvoll ist.

Aus der Entscheidung, die die Menschen für Europa treffen werden, aus der großen Zukunftsentscheidung für diesen Kontinent, ergibt sich das zweite Thema: die Frage nach geeigneten Strukturen und Verfahren. Wir alle wissen, dass es hier so nicht weitergehen kann, dass das, was einmal gut und praktisch war, nicht zukunftsfähig ist. Wir erinnern uns alle noch gut daran, dass das CETA-Abkommen am Widerstand einer einzelnen belgischen Region zu scheitern drohte.

Deshalb müssen wir weitergehend die Abläufe und Instrumente der Europäischen Union (u.a. Verfahren, Mehrheiten und Transparenz) auf den Prüfstand stellen. Was funktioniert nicht mehr? Wo müssen wir nachjustieren? Was sollen wir gemeinsam machen und was regelt jeder Staat für sich?

Ich bin davon überzeugt, dass die Mitgliedsstaaten in manchen Politikfeldern viel mehr und viel enger zusammenarbeiten müssen als heute. Aber sie müssen die Aufgaben alleine lösen, in denen sie effizient und schnell sind.

Das Motto der Juncker-Kommission „big in big things und small in small things“ findet die volle Unterstützung der Landesregierung. Das Subsidiaritätsprinzip ist für uns entscheidend: Erst wenn eine Aufgabe nicht auf der Ebene der Staaten oder der Kommunen besser gelöst werden kann, wird die Regelungskompetenz nach „oben“ – also an die EU abgegeben. Die EU soll sich nur um das kümmern, was sie besser regeln kann als die Mitgliedsländer.

Zum Beispiel gehören Flüchtlings- und Migrationsbewegung oder Sicherheitspolitik auf die europäische Ebene. Terror macht an Grenzen nicht halt. Das haben wir nicht erst durch die Anschläge in Paris, Brüssel, Berlin, Nizza, London oder Stockholm gesehen. Nicht nur der Schengen-Raum macht es nötig, dass wir bei diesem wichtigen Thema kooperieren. Wir müssen Europa außen sichern, um drinnen in Frieden leben zu können. Aber wir müssen auch im Innern enger zusammenarbeiten, z. B. beim Datenabgleich oder bei grenzüberschreitenden Aktivitäten.

Nicht von ungefähr hatten wir in der letzten Woche den Kommissar für die Sicherheitsunion, Sir Julian King, bei unserem Jahresempfang in Brüssel. Er hat – ebenso wie Theresa May in ihrem Austrittsschreiben – betont, dass die Sicherheitspolitik einer der Bereiche ist, in denen das

Vereinigtes Königreich weiter an der Seite der EU bleiben will und muss. King hat einen sehr wichtigen Satz gesagt: „Migration und Sicherheit betreffen alle Menschen in Europa.“

Wenn man Sicherheit weiter denkt, kommt man zur Verteidigungsunion. Europa wird weltpolitisch langfristig nur dann eine Rolle spielen, wenn es beisammen bleibt. Heute leben in der EU über 500 Millionen Menschen, das ist mehr als die Bevölkerung der USA und Japans zusammen. Damit machen wir Europäer acht Prozent der Weltbevölkerung aus.

Anrede,

Es wird kurzfristig die wichtigste Aufgabe der Politik sein, eine Debatte über die gemeinsame Zukunft der 27 zu führen. Und da ist das Weißbuch ein guter Aufschlag. Die Kommission wird es mit weiteren Papieren unterfüttern: zur „Sozialen Dimension“, zur „Globalisierung“, zur „WWU“, zur „Zukunft der Europäischen Verteidigung“ und zur „Zukunft der EU-Finzen“.

Und dann müssen wir den zukünftigen Weg diskutieren. Da ist auch der Hessische Landtag aufgerufen. Jeder einzelne von uns kann mit den Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch suchen. Denn: Europa betrifft uns alle. Europa hat Auswirkungen auf sehr viele Bereiche in Hessen. Auf die

Bildung, die Wissenschaft und Forschung, die Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Arbeitnehmermobilität, das Wahlrecht, die Medien und nicht zuletzt auf die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit – wie wichtig dies ist, machen uns zum Beispiel die länderübergreifenden Fahndungserfolge im Bereich des Terrorismus deutlich.

Anrede,

die hessische Europapolitik ist kein Selbstzweck und bezieht die Bürgerinnen und Bürger mit ein. Ich möchte das sehr konkret an drei Bausteinen festmachen:

- unserem politischen Netzwerk in Berlin und Brüssel,
- unserem Netzwerk der europaaktiven Gruppierungen und Institutionen in Hessen,
- und an unserem Anspruch, denen zu begegnen und mit denen zu sprechen, die Europa ausmachen, die Europa leben – nämlich den Bürgerinnen und Bürgern.

Anrede,

alle drei Bausteine sind getragen von dem Gedanken, Politik für die Menschen und mit den Menschen zu machen. Die Hessische Landesregierung hat dazu in den vergangenen Jahren erfolgreich ein Netzwerk in Berlin und Brüssel aufgebaut, mit dem wir frühzeitig in europapolitische Prozesse

eingreifen können, die für Hessen von größter Relevanz sind.

Wir haben die Zahl unserer Veranstaltungen in Brüssel seit 2009 von etwa 340 auf über 1200 im Jahr 2016 gesteigert. Die politische Präsenz der Hessen in Berlin und Brüssel macht uns zum Sprachrohr und zum Meinungsmacher bei den Entscheidern. Denn eine deutsche Beteiligung an europäischen Prozessen kann nicht allein der Bundesregierung überlassen werden. Viel zu groß sind die Einflüsse, die Europa unter anderem auf Wirtschaftsprozesse und damit den Erfolg Hessens hat.

Dabei setzen wir, das wissen Sie, auf die enge Kooperation mit unseren Partnerregionen. Das bietet uns die Möglichkeit, ähnliche Herausforderungen gemeinsam zu meistern. In unserem Mehrregionen-Haus finden sich die Vertretungen der Nouvelle-Aquitaine, der Emilia-Romagna und der Wielkopolska. Dieses Erfolgsmodell ist bis heute einmalig in Brüssel: eine Bürogemeinschaft von Regionen aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten.

Anrede,
seine konsequente Fortsetzung findet dieses Netzwerk im hessischen „Netzwerk für Europa“, in dem wir erfolgreich die aktiven Fürsprecher für Europa in unserem Land

zusammenbinden. Inzwischen tauschen sich mehr als 320 Partner aus und treten gemeinsam für Europa ein. Wir haben erst vor wenigen Tagen erfolgreich die so genannte Netzwerkstatt eröffnet, eine Terminserie, bei der wir den Teilnehmern Tipps und Know-how an die Hand geben. Die Themen bei unseren Netzwerkveranstaltungen sind so vielfältig wie die Netzwerkpartner selbst.

Anrede,

mit diesen Partnern arbeiten wir an dem aus meiner Sicht wichtigsten und dritten Baustein hessischer Europapolitik: der Begegnung mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir haben dazu in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche neue Veranstaltungsformate in Wiesbaden, Berlin und Brüssel ins Leben gerufen sowie bestehende Informations- und Kontaktmöglichkeiten ausgebaut. Sie dienen alle einem Zweck: die Menschen zusammenzubringen und mit ihnen über Europa zu sprechen.

Beispielhaft möchte ich dazu die erfolgreichen Europäischen Salons in Wiesbaden nennen, die Themenreihe „Europa nach den Wahlen“ in der Landesvertretung in Brüssel oder „Europa im Gespräch“ in Berlin.

Ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt schließlich bei den jungen Menschen in den Schulen. Zusätzlich zu dem mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) aufgebauten Projekt, bei dem sich Schüler mit einem konkreten europapolitischen Thema auseinandersetzen, besuchen Staatssekretär Weinmeister und ich regelmäßig Schulen, um dort die Europäische Idee zu fördern. Was ich dabei erlebe, habe ich Ihnen schon kurz geschildert. Auch jeder einzelne von Ihnen ist aufgerufen, am EU-Schulprojekttag und darüber hinaus den Dialog mit jungen Menschen zu suchen – keine andere Gruppe ist so europaaffin wie die Jugend!

Anrede,

die Landesregierung wird ihre Aktivitäten zum Dialog fortsetzen. Neben der Europawoche und dem schon angesprochenen EU-Schulprojekttag werden bestehende Angebote zur Begegnung und Information ausgebaut und neue Formate ins Leben gerufen.

Ein gutes Beispiel ist unsere Aktion am kommenden Freitag, mit der wir die Europawoche in Hessen hier in Wiesbaden offiziell eröffnen. Ich lade Sie alle herzlich ein, mit mir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unter der Überschrift „Europa bedeutet für mich....“ ins Gespräch zu kommen.

Denken wir immer daran: Wir alle haben das Privileg, in einem Europa zu leben, das uns Frieden, Freiheit und Wohlstand gegeben hat. Das dürfen wir nie vergessen!

Hessens Zukunft heißt Europa. Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt:

„Die Weimarer Republik ist letztlich nicht daran gescheitert, dass zu früh zu viele Nazis, sondern, dass zu lange zu wenige Demokraten vorhanden waren.“

Heute kann man sagen: Die EU wird nur dann scheitern, wenn es zu wenig Europäer gibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!